

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungsbilanz für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Infections-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitzeile ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. März 1896.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Zu den Gegnern der Forderung, daß weibliche Fabrikinspektoren angestellt werden, hat sich nun auch Dr. Wörishoffer gestellt, der oberste Gewerbe-Inspektor für Baden, dessen objektives Auftreten ihm das Vertrauen weiter Arbeiterkreise geschafft hat. In der neuesten Nummer der "Ethischen Kultur" (vom 29. Februar) will er in einem Artikel: "Die Frauen der höheren Stände und die Arbeiterinnen" nachzuweisen, daß nicht Beamte, sondern "ethische" Frauen geeignet wären, die Lücke auszufüllen, die, wie er auch zugiebt, heute in der Gewerbeinspektion vorhanden ist.

Bei der Begründung seiner Ansicht verwickelt er sich in Widersprüche, die ganz charakteristisch sind für den Gedankengang all jener Ethiker, die den Interessengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen und den infolge dessen naturnotwendigen Klassenkampf nicht anerkennen, sondern verneinen, ein ethisches Gefühl des Mitleids mit den Unterdrückten, des Widerwillens gegen das Unrecht können eine Bevölkerungsschicht zum Aufgeben ihrer Klassenrechte bewegen.

Zunächst macht er gegen die Anstellung weiblicher Beamten den Einwand, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien, da der Vollzug der Arbeiterschutz-Gesetze auch eine Vertretung des Standpunkts der Fabrikaufsicht gegenüber den Behörden und den Gerichten erfordere.

Wir bezweifeln nicht, daß dazu Energie gehört; aber daß es auch energische wie geschäftsgewandte Frauen giebt, beweisen doch die zehntausendfachen Kämpfe des wirtschaftlichen Lebens, in denen Frauen als Unternehmer, Geschäftsleiter, im Auslande auch als Ärzte und Advokaten sich tüchtiger wie mancher Mann zeigen. Die formalen Kenntnisse, die speziell gegenüber bürokratischen und gerichtlichen bösen Willen notwendig sind, werden sich selbstverständlich die Frauen, welche Beamte werden sollen, erwerben müssen — wer die geistige Begabung so vieler unferer Juristen kennt, weiß, daß nicht viel Verstand dazu gehört.

Ferner, sagt Wörishoffer, kommen die Arbeiten in betracht, die mit der Weiterbildung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung verbunden sind. Auch dazu sei, wie die Dinge jetzt bei uns liegen, eine Frau im allgemeinen weniger tüchtig als der Mann.

Das ist wieder nicht richtig; so gut die Frau Arbeiterin und Betriebsleiterin sein kann, so gut kann sie auch die Betriebs-Aufsicht ausüben und Schlussfolgerungen zu Nutzen der Arbeiterinnen aus derselben ziehen. Wird doch jetzt schon in vielen Werkstätten und Fabriken die Aufsicht im Interesse der Unternehmer von Frauen ausgeübt.

Und kein geringerer als Dr. Wörishoffer selbst schreibt im badischen Jahresbericht für 1894: "Weibliche Aufsicht ist noch nicht in genügendem Maße dort eingeführt, wo sie wünschenswert ist." Er selber also spricht sich zu gunsten der weiblichen Aufsicht aus. Auch der Beamte für Lothringen fordert dieselbe; andere Beamte lassen freilich auch entgegengesetzte Meinungen laut werden.

Der Hinweis auf die erfolgreiche Tätigkeit der in England angestellten weiblichen Beamten will Dr. Wörishoffer damit abschwächen, daß er sagt, man berufe sich irrtümlich meist auf einzelne Veröffentlichungen des Labour Department im Board of Trade, in dem auch einzelne Damen beschäftigt sind, nicht auf die Leistungen der amtlichen weiblichen Inspektoren.

Wenn diese Verwechslung passiert ist, wissen wir nicht; gegen die Befähigung der Frauen als Inspektorinnen beweist sie nichts. Wir berufen uns auf den amtlichen Bericht des Chief Inspector of factories and Workshops, der 1894 über die beiden weiblichen Beamten schreibt:

Ihre Besuche der Fabriken haben sicherlich dazu beigetragen, daß das Fabrikgesetz strenger durchgeführt wurde, und sie haben sich dadurch als wohl geeignet (well qualified) für das Amt, dem sie sich unterzogen, erwiesen."

Dr. Wörishoffer wendet ein, es handele sich hier um Spezialaufträge, welche ausschließlich die Arbeiterinnen betreffen und die besser von einer Frau als von einem Manne besorgt werden.

Nun, der sehr ausführliche Bericht, den Miss Abraham, Miss Paterson und Miss Anderson auf 34 eng bedruckten Seiten liefern, zeigt eine solche Fülle theoretischer wie praktischer Kenntnisse, daß wir nur wünschen, all unsere deutschen männlichen Beamten verfügten über dieselben wie über den Eifer, den jene Frauen bei Erfüllung ihrer Aufgabe zeigten.

Nun giebt Dr. Wörishoffer selbst zu, daß die weitere Entwicklung zur Anstellung solcher weiblichen Beamten auch im Reich der hinkenden Sozialreform führen, ja drängen werde. Aber, meint er, diese Frage könne ihre Lösung nur im Zusammenhange mit der weiteren Entwicklung der Frauenfrage überhaupt finden und nur im Zusammenhange mit der weiteren Ausgestaltung der Gewerbe-Aufsicht, durch welche dieser neue eigenartige Aufgaben zugewiesen werden.

Mit Verlaub! Der englische amtliche Bericht beweist das Gegenteil! In demselben theilen die Inspektorinnen ihre Wahrnehmung über folgende Beobachtungsobjekte mit: Ueberstundenarbeit, Sonntagsarbeit, Beschäftigung von Arbeiterinnen als Ladenverkäuferinnen nach beendeten vollen Arbeitstagen, Beschäftigung von Kindern, Trudgesetz, Ventilation und Ueberfüllung der

Werkstätten, Fürsorge für Entinnen bei Feuergefähr, ungenügende Heizung der Werkstätten, Gesundheitszustand der Arbeiterinnen, gefährliche und gesundheitschädliche Beschäftigungen. Dazu giebt Miss Anderson noch einen neun Druckseiten umfassenden Bericht über die Verordnungen in Frankreich, betreffend Gesundheit und Sicherheit der geschützten Personen in Industriewerkstätten.

All diese Aufgaben können bei uns auf dem Boden der jetzigen Gewerbe-Ordnung ebenfalls gelöst werden — ein Warten, bis die lahme Sozialreform des Reichs wieder etwas weiter gehumpelt sein wird, ist nicht notwendig. Und unbefreitbar können nur weibliche Beamte sich Kenntnis verschaffen über gewisse Vorkommnisse im Leben der Fabrikarbeiterinnen, bezüglich über den Zusammenhang der schlechten Lohnlage mit der offenen und versteckten Prostitution und über das in leider sehr großem Maßstabe vorhandene "Gesälligkeitsverhältnis", das zwischen Werkführer und Arbeiterinnen vorhanden ist.

Dieser Arbeiterinnenschutz kann und muß baldigst und energisch in Angriff genommen werden — und es kann dies geschehen auf grund der bestehenden Gesetze. Jetzt kommt aber Dr. Wörishoffer mit seinem Haupteinwand: die weiblichen Inspektoren würden doch weniger wie die männlichen Beschwerden der Arbeiterinnen erhalten, weil diese sich fürchten, nicht vor den Beamten, sondern vor Maßregelung seitens der Unternehmer. Er giebt zu, daß diese oft den Verlehr der Arbeiter mit den Beamten übermachen lassen und sich für jede Mitteilung durch Wegjagen des Arbeiters rächen. Weibliche Beamte, die für größere Bezirke angestellt und auf Dienstreisen nach den Fabrikorten kämen, hätten dann noch weniger Gelegenheit, unbeobachtet mit den Arbeiterinnen zu verkehren.

Und deshalb wünscht er Schutzdamen aus den höheren Ständen. Die bürgerlichen Frauenvereine sollen einzelne Mitglieder bezeichnen, an die sich die Arbeiterinnen in allen persönlichen Angelegenheiten zu wenden haben; der Zentralleitung der Vereine sollen die Aufsichtsbeamten mit Rath beistehen!

Also "wohlthätige Frauen" auf dem Gebiete des Wilhelmordens!

Dabei hat Dr. Wörishoffer durchaus keinen übertriebenen Respekt vor der jetzigen Wirksamkeit der Wohlthätigkeitsvereine jener Kreise. In der Einleitung seines Artikels schreibt er: "Für wenige Pfennige im Tage könnte von einer bezahlten Hilfskraft gewiß manchmal eine solche unentgeltliche Leistung einer Frau der höheren Stände beschafft werden."

Trotzdem schwärmt er für die ethische Wirkung einer solchen Einrichtung — und lobt und preist sie, weil —

71 Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Er stand auf und trat ans Fenster. War denn das nicht derselbe Wagen, den er heute vor dem Hotel vorgefunden, als er aus der Apotheke kam? Gewiß. Man brachte ihm also die ohnmächtige Kranke nochmals. Nun, jetzt hatte er viel Zeit. Doch nein, das war nicht der dicke, vollbärtige Mann, mit dem er gesprochen, welcher jetzt aufstieg und zu den Fenstern emporfah. Aber die Gestalt war ihm bekannt, die Morgendämmerung ließ ihn das geisterhaft bleiche Gesicht Rüdorf's erkennen. Kam er, als von einem Schusse Verwundeter? Ein Gedanke durchflog sein Gehirn — er verdrängte ihn.

Aber seine Eifersucht erwachte und hieß ihm den Gedanken wieder aufnehmen und ausdenken. Es war nun das dritte Mal, daß er heute des verhassten Rüdorf's ansichtig wurde. Was trieb ihn hierher? Sollte er Clotilde, die er im Kurjaal heute so auffällig betrachtet, nachstellen, sie zu sprechen suchen, um sie zu entführen? Sollte sie mit ihm im Unverständnis sein, sich mit ihm verabreden haben, da er Rüdorf in dieser Nacht schon einmal vom Fenster aus hier gesehen? War sie davongelassen, um mit ihm zusammenzutreffen, zu entfliehen? Nein! das durfte er seiner reinen Clotilde nicht nachsagen. Er kämpfte seine Eifersucht, die ihn in fieberhafte Erregung versetzte, mit Gewalt nieder. Da sah er wieder das Bild, wo Clotilde und Rüdorf sich gegenüberstanden und verlegen hoch errötheten. Doch nein, sie, die heute vor ihm auf den Knien gelegen, die, um ihn nicht unglücklich zu wissen, für ihn zur Ophelia werden wollte, sie konnte nie straucheln. Er verwünschte das Laster der Eifersucht und machte sich bittere Vorwürfe, daß er nicht schon längst nach Clotilden geforscht, gesucht, und eilig griff er nach seinem Dute.

Da klopfte es an seine Thür.

Herein!
Die Thür öffnete sich. Rüdorf trat ein. Befangen grüßte er wie einer, der eine schmerzliche Nachricht sagen muß und sie mit Schonung vordrinnen möchte.

Diese Befangenheit galt Langenberg für Schuldbeußtsein, der eben niedergelappte Haß gegen seinen Nebenbuhler loberte wieder in lichten Flammen empor.

"Sie wagen es — Was wollen Sie hier?" schrie Langenberg. Rüdorf, der zu reden beginnen wollte, erschraf und blickte erzürnt auf, daß der gegen ihn grob wurde, dem er gefällig war.

Es war ein seltsamer Anblick, diese beiden Männer sich gegenüber stehen zu sehen.

Sie maßten sich stumm mit den Augen und warfen stehende Blicke einander zu.

Rüdorf wurde zuerst etwas ruhiger und begann: "Ich komme, Ihnen zu melden, Ihre Frau ist in Ebersheim —"

"Ha! meine Ahnung! In Ihrer Behausung. Wie kommt sie dahin? Durch Sie?"

"Ja —"

"Himmel! Während ich mich um sie ängstigte, um sie jammerte, lag sie in Ihren Armen!"

"Ja, mit meinen Armen hob ich Ihre Frau in den Wagen, um —"

"Sie zu entführen? Sie wußten aber nicht, daß Sie eine Kranke zu einem Stelldichlein verleitet und nun ist sie zusammengebrochen, ist todt —"

"Gebrochen ja, aber sie lebt und —"

"Und wohnt bei Ihnen —"

"Ja, in meinem Zimmer."

"Machen Sie mich nicht rasend mit Ihrem ewigen

"Ja". Stellen Sie sich nicht so talkblütig, ich weiß doch, daß Sie in heißer Liebe für meine Frau glühen. Haben Sie dieselbe nicht heute im Kurjaal beständig fixirt und kein Auge von ihr verdrängt? Sind Sie nicht vor wenigen Stunden hier unter ihren Fenstern auf- und abgegangen, um von ihr einen Blick zu erlauschen, oder ein Zeichen zu erfassen?"

"Mäßigen Sie sich und lassen Sie auch mich endlich zu Worte kommen."

"Sagen Sie mir nur das eine noch: ist meine Frau hier fortgegangen, um mit Ihnen zusammenzutreffen? — und sie ist die Ihre, für mich todt."

"Tödten würde allerdings diese unlautere Beschuldigung sofort Ihre Frau. Ja, mein Herr, ich liebte sie; jetzt ist sie die Frau eines anderen. Aber ich bin erbötig, mich ihr zu Liebe mit dem Manne zu schlagen, der seine eigene Frau verdächtigt, der eine reine Seele beschuldigt."

"Gut, ich revozire. Nicht weil ich mein Leben schonen will, meine Tage sind vielleicht knapp gezählt, hier lesen Sie diesen Brief, ich habe ihn mit "Ja" beantwortet. Nein, ich revozire, weil Sie mir das Leben wiedergegeben haben, denn ich habe mich in meiner Clotilde nicht getäuscht, sie ist rein und treu."

"Und Sie wollen sie doch verlassen und eine so gefährvolle Stellung annehmen?"

"Ich gab mein Wort."

"Ihre Frau ist schwer krank und liegt bewußtlos, der dortige Arzt hat sie in Behandlung genommen, ich habe Arznei ihr besorgt, aber ich wollte auch Sie benachrichtigen."

"Das war brav. Verzeihung. Sie haben als Freund gehandelt, ich freue mich, daß Clotilde in so guten Händen ist. Aber erzählen Sie —"

"Wie es zugegangen ist? Sie selbst haben das alles herbeigeführt. Ihnen brachten wir eine Unbekannte, die wir ohnmächtig am Boden hingestreckt fanden, im Wagen."

"Das war Clotilde? O ich Thor!"

"Was blieb uns übrig, als die Kranke mit nach Hause zu nehmen. Eine Himmelsfügung schickte ihr diese Ohnmacht und solche hilfreiche Herzen. Sie wird diese Krankheit überstehen; es sind mehr innere Schmerzen, Seelenqualen. Sie wissen noch nicht alles. Ich sah im Kurjaal, wie der Polizeirath jedes Wort, jede Ihrer Bewegungen belauschte, beobachtete deshalb Sie beide so genau, ich sah auch denselben Beamten mit Ihnen ins Hotel gehen."

"Dann sollen Sie auch was weiter geschah erfahren, doch jetzt zu ihr und zu Ihren Freunden, diesen Dank, ihr Lebewohl zu sagen."

"Lassen Sie auch uns Freunde werden."

"Wir sind es schon. Wir gehen veröhnt von hier. Wir haben jeder den andern bei einer Schwäche ertappt, ich habe mich durch meine Eifersucht blamirt."

(Fortsetzung folgt.)

sie den Frauen der höheren Stände sehr nützlich wäre!

Scharf und richtig kennzeichnet er aber die soziale Unreife dieser Kreise:

„Die Frauen, welche sich einer solchen Thätigkeit annehmen, würden durch eingehende Kenntnisaufnahme derjenigen Verhältnisse und Zustände, unter denen sie zwar täglich leben, an denen sie aber bis jetzt achlos und gedankenlos vorübergehen, ihren Gesichtskreis ganz außerordentlich erweitern und ihr Denken vertiefen. Sie würden erst gewahrt werden, wie wenig sie von der geistigen und sittlichen Bewegung ihrer Zeit wissen, und wie inhaltsleer und nichtig ihr eigenes Leben mitten in dieser ganzen Bewegung verfließt. — Wie leicht würden ihnen auf diesem Wege auch die Bedingungen der Erhaltung und der Weiterentwicklung unseres Kulturlebens zum Verständnis kommen. Es ist kein Zweifel, daß das ganze innere Leben, der ganze Gesichtskreis und das ganze Denken und Fühlen der Frauen, die eine derartige Thätigkeit aufnehmen, eine gründliche Aenderung und eine weitgehende Verbesserung erfahren würden.“

Möglich — wenn auch nur für ganz vereinzelte Ausnahmen wahrscheinlich! Und bis dieses Durchdringen aus der bisherigen Nichtigkeit und sozialen Unwissenheit erfolgt ist, können diese Schuttdamen doch nicht hilfebringende, sondern nur hilfeholende sein! Die Arbeiterinnen müssen doch die Frauen der höheren Stände erst erziehen! Es zeigt zwar eine richtige Erkenntnis der obwaltenden Verhältnisse, daß Dr. Wörishöffer dies zugiebt; aber gerade dadurch beweist er am besten, wie grundfalsch und unbrauchbar sein Vorschlag ist! Zwar glaubt er, daß „Zeichen einer beginnenden Veröhnung der Klassengegenstände“ vorhanden seien, aber ein gelinder Zweifel packt ihn doch selbst, daß diese „Frauen der höheren Stände“ der Aufgabe gewachsen sind, die er ihnen zuweisen will. Darum ruft er elegisch:

„Würden die Frauen der höheren Stände trotz aller dieser Anzeichen fortfahren, den dabei ihnen zufallenden Aufgaben verständnislos und gleichgültig gegenüberzustehen, so müßte man sagen, daß bezüglich ihrer eine große Zeit ein kleines Geschlecht gefunden hat!“

Ja, das wird man schon müssen! Die Mehrzahl der Frauen der höheren Stände ist von Jugend an nicht dazu erzogen, um einer solchen Aufgabe sich unterziehen zu können; und ihre ganze gesellschaftliche Stellung mit allen „Verbindlichkeiten“, die sie auferlegt — den Gesellschafts- und Toilettevorsorgen, und nicht zum geringsten die meist geradezu arbeiterfeindliche Gesinnung der Männer solcher Frauen, sie verhindern, daß der ethische Traum Wahrheit werden kann.

Dagegen beweisen die Widersprüche, in die sich Dr. Wörishöffer hierbei verwickelt, daß nur weibliche Beamte mit der nötigen Vorbildung zu fordern sind — und diese lassen sich auch finden, freilich nicht in den Kreisen der „wohlthätigen Frauen höherer Stände“!

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. März.

Der dritte Tag der Zuckersteuer-Debatte fand einen sehr erschöpften Reichstag. Was war noch zu sagen? Höchstens heisende Polemik hätte die ermüdeten Nerven aufstacheln können. Und die Redner, welche heute zum Wort kamen, gehören zumeist in das Genuß der Redner, die auch einen frischen Reichstag ermüden können. Wer ist z. B. im Stande, einen Paasche anzuhören? Oder einen Zimmermann, wenn dieser nicht Juden verspeisen darf?

Bemerkenswerth sind nur zwei der heute gehaltenen Reden: die des Fortschrittlers Barth und des Konservativen Staudy. Ersterer hatte einige sehr glückliche Momente. Er wies nach, daß die deutsche Landwirtschaft, an der nun seit 1878 mit agrarischen Rezepten herumgedoktert wird, nach der Behauptung der Herren Agrarier selbst von Jahr zu Jahr in immer ärgere Nothlage gerathen ist, woraus doch für jeden denkenden Menschen sich der Schluß ergibt, daß die agrarische Kurmethode nichts taugt. Und des weiteren wies Barth an der Hand der amtlichen Statistik nach, daß die englische Landwirtschaft, die von unseren Agrariern bei jeder Gelegenheit als das unglückliche Opfer liberaler Gesetzgebung hingestellt wird, sich thatsächlich einer sehr großen Blüthe erfreut und weit produktiver ist, d. h. einen größeren Ertrag liefert als die Landwirtschaft in den festländischen Staaten Europa's, die mit Schutzzöllen gesegnet sind.

Eine recht wirksame Rede gegen das Zuckergesetz hielt Staudy, der, im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Puttkamer, dem gestrigen Redner der Konservativen, das Gesetz für durchaus verfehlt hielt und, unter dem zunehmenden Gelächter des Hauses erklärte, daß es in seiner jetzigen Gestalt niemandem gefalle. Es widerspreche allen Grundsätzen einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und werde mehr Schaden thun als Gutes.

Die Zuckerleute, denen vor einer Fortsetzung der Debatte graut, wollten nun schließen. Allein dem betreffenden Antrag wurde die Anzahlung entgegengesetzt, welche die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab. Die Debatte mußte hierauf vertagt werden. Morgen wird noch Richter reden, der während der Debatte hart angegriffen ward, — und unerseits wahrheitslieblich Schippel.

Ist noch Zeit, so wird morgen noch ein „Schmerinstag“ begonnen, und dann steht die Novelle zur Gewerbe-Ordnung zur Diskussion. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus kamen bei der am Mittwoch fortgesetzten zweiten Beratung des Kulturbudgets endlich aktuellere Fragen zur Sprache. Nachdem sich bei dem Titel „Unterstaatssekretär“ noch eine kleine Polendebatte entsponnen hatte, erwähnte Abg. Richter bei dem Kapitel „Oberkirchenrath“ die beiden Erlasse des Oberkirchenraths aus dem Jahre 1879 bezw. 1885, von denen der eine ein liebevolles Vorgehen der Geistlichen gegen die Sozialdemokraten empfiehlt, während der andere die jungen Geistlichen vor der Beschäftigung mit sozialen Fragen warnte. Da Abg. Richter auch den bekannten Fall Witte zur Sprache brachte, in welchem der damals noch im Amte befindliche Stöcker eine so klägliche Rolle gespielt hat, so war dem Abg. Stöcker Gelegenheit zu einer längeren Rede gegeben, in der er bezeichnenderweise den Fall Witte nicht behandelte, weil sein persönlicher Streit mit Witte nichts mit dessen unglücklicher Lage zu thun habe. Herr Stöcker wird wohl seinen guten Grund haben, aber diese peinliche Angelegenheit zu schweigen. Selbst die von verschiedenen Seiten gegen ihn erhobenen Vorwürfe, daß man in seiner Rede jedes Mitgefühl für den unglücklichen Witte vermisste, daß es nicht gerade von christlicher Liebe zeuge, wenn er für den am Boden liegenden Gegner kein Wort des Mitgefühls habe, vermochten nicht, Herrn Stöcker zur

Aussklärung zu bewegen. Diefem hartgesottenen Pfaffen, das schon ganz andere Vorwürfe über sich ergehen ließ, muß man mit schwerem Gemüthe kommen. Warum hätte er auch sprechen sollen? Die Wahrheit konnte er kaum sagen, ohne sich selbst bloßzustellen, und so zog er der Unwahrheit das Schweigen vor, jedenfalls ein erstrebliches Zeichen von Besserung. Der Gegensatz zwischen Stöcker und seinen früheren Parteifreunden trat heute deutlich hervor. Während Stöcker sich dahin äußerte, daß die Geistlichen zur sozialen Frage Stellung nehmen müßten, um die Sozialdemokraten vor dem Irrthum zu bewahren, als sei die Kirche für kapitalistische Kreise mehr vorhanden, als für die Armen, tadelte Abg. v. Heydebrandt namens der Konservativen unter dem Beifall seiner Freunde die soziale Thätigkeit der Geistlichen und wandte sich mit scharfen Worten gegen die christlich-soziale Partei, die die gesunden sozialen Grundsätze der Konservativen verdreht habe. Die Debatte nahm sodann ein etwas schnelleres Tempo an, so daß noch einige Titel des Etats erledigt werden konnten. Morgen Fortsetzung der Beratung. —

Der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ fährt in seinem Heberifer fort, die Eintheiligkeit der sächsischen Wahlrechtsbewegung zu stören. Eine von ihm gestern veröffentlichte Notiz gegen den „Vorwärts“ hatte zur Folge, daß der „Leipziger Volkszeitung“ nachstehendes Schreiben zugeing, das uns von dem Verfasser übersandt ward:

Zur Mandatsniederlegungsfrage. Ich habe seit Beginn der Aktion zum Behufe, Mandatsniederlegung von unseren Vertretern in der zweiten sächsischen Kammer zu erzwingen, privatim des öfteren erklärt, daß ich diese Aktion für verfehlt halte. Andererseits Arbeit machte mir unmöglich, in der Festsitzler-Versammlung zu Plagiat das öffentlich auszusprechen, was hiermit geschieht, da die Volkszeitungsleitung in ihrem Eifer alle, die schweigend dieser meiner Meinung sind, der Freigebit beirichtigt. Meine Ansicht geht dahin, daß nur die Wähler der Wahlkreise Mandate zurückzufordern haben und zwar je von ihrem Vertreter. Außerdem ist das Mandat zugleich ein Amt, ein Borsposten, den jeder dahin Gestellte bis zum letzten möglichen Augenblick zu halten, nicht zu verlassen hat. Nicht den Mehrort'schen und Mey'schen wird das Mandat „vor die Füße gemorren“, sondern den Wählern, die dann unvertreten sind. Wollen diese das, so geschieht ihnen wenigstens kein Unrecht mit einer Aufgabe des Mandates. Freuen aber werden sich über die sozialdemokratischen Bundesgenossen und Helfer zur schnelleren Hinausförderung der Arbeitervertreter aus der zweiten Kammer die Urheber des Attentats auf das sächsische Wahlrecht. Diese Freude gönnen ich und die mit mir gleich Gesonnenen ihnen nicht.

Wir wissen nicht, ob dieses Schreiben, auf dessen Inhalt wir nicht eingehen, in der „Leipziger Volkszeitung“ Aufnahme findet.

Im übrigen lehnen wir es ab, mit dem Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ in eine Polemik einzutreten und überlassen ihn der sächsischen Landesversammlung. —

Von einem schweren Grubenunglück wird aus Rattowitz gemeldet: In der letzten Nacht brach auf der Gische's Erben gehörigen Grube „Aeophas“ ein Brand aus. Bisher sind 21 Tode geborgen; das Schicksal der übrigen angefahrenen hundert Mann ist noch ungewiß.

Bis mittags 1 Uhr waren aus der Grube „Aeophas“ 31 Tode, darunter 2 Oberhauer, heraufbefördert. Vermuthlich befinden sich weitere 30 Mann noch in der Grube; nach Lage der Sache ist kaum anzunehmen, daß dieselben sich noch am Leben befinden. Ueber das Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Nachtschicht war gestern Abend auf dem Redeschacht 70 und auf dem Walterschacht 140 Mann stark eingefahren. Um die erste Stunde nachts machte sich ein brandiger Geruch bemerkbar. Im Frankenberg'schachte war die Holzzimmerung in Brand gerathen und zwar vermuthlich durch die Dampfrohre einer dort stehenden Wasserhaltungsmaschine. Durch den großen Qualm war der Weg zur Ausfahrt des Walterschachtes fast abgeschnitten. Die im Redeschacht eingefahrenen Mannschaften retteten sich fast sämmtlich. Von dem Walterschachte gelangten etwa 70 Mann, welche in der Nähe der Ausfahrt arbeiteten, an die Oberfläche, die übrigen flüchteten nach dem Holzgang'schacht Schwarzenfeld oder nach dem Cäsarschacht, die beide etwa 2000 Meter von den Hauptschächten entfernt sind und aus welchen eine Herausförderung von Personen nur durch an Seilen befestigte Kibel möglich ist. Hier befinden sich fast sämmtliche um das Leben gekommenen Mannschaften. Die ersten Toden wurden heute früh 4 Uhr heraufbefördert, später wurden 4 Mann lebend heraufbefördert; dieselben hatten soviel Geistesgegenwart besessen, sich gegen die heranziehenden Schwaden abzumämen. Der Brand wird durch Rettungsmannschaften abgedämmt. Hunderte umstehen die Schachtöffnungen, an denen sich herzerreißende Szenen abspielen. Das Unglück ist das größte Bergunglück, welches bisher in Oberschlesien vorgekommen ist. Der Betrieb der Aeophasgrube ist voraussichtlich auf Wochen gestört. —

Frankreich. Die „Ordnungs- und Panamisten-Parteien“ sind während über das gute Einvernehmen, das zwischen dem Präsidenten Faure und dem Ministerium Bourgeois besteht. Sie fädelten alle möglichen Intriguen ein, um den Präsidenten für sich zu gewinnen und gegen die neue Regierung aufzuheben. Es ist ihnen aber nicht gelungen. Bei einem Banket, welches die Handelskammer von Lyon dem Präsidenten vorgestern gab, kam der ganze Groll gegen Bourgeois und Cavaignac zum Ausdruck und Faure wurde ganz offen aufgefordert, sich derselben zu entledigen. Er erklärte aber: er folge dem Beispiele Carnot's, der seine Persönlichkeit vollkommen zurücktreten ließ und sich genau in den Schranken seiner verfassungsmäßigen Befugnisse hielt. Da wären die Beschützer des biedereren Artion also zunächst abgebligt; sie werden darum aber nur um so eifriger gegen die Regierung wählen und hegen.

Einstweilen befindet sich dieselbe sehr wohl; und die Furcht vor einer Auflösung der Kammer wird den umstürzlerischen Eifer der parlamentarischen Theatleute einigermaßen zügeln. —

Die Niederlage der Italiener in Afrika war, wie sich erwarten ließ, weit gründlicher, als die ersten Regierungsberichte glauben machen wollten. Jeder folgende Bericht brachte Thatsachen, welche der Niederlage einen größeren Umfang und eine größere Tragweite gaben. Noch ist die volle Wahrheit nicht bekannt, aber schon wissen wir, daß die Armee Baratieri's nicht bloß geschlagen, sondern

vollständig zersprengt worden ist; daß sie schon am ersten Tage fast ihr ganzes Geschütz verloren hat und daß der Obergeneral über den Verbleib ganzer Heertheile noch gestern im Dunkeln war. Mit anderen Worten: das italienische Armeekorps, welches den unglücklichen Angriff auf die Stellungen der Abessynier machte, hat als Armeekorps aufgehört zu existiren und nur noch Trümmer können günstigstenfalls vor der Vernichtung gerettet werden. Fast das ganze Gebiet, welches die Italiener erobert zu haben glaubten, ist wieder im Besitz der Abessynier, und die wenigen festen Punkte, die sie noch halten, sind gefährdet. Die vielen Millionen, die seit Jahren für die afrikanische Kolonie ausgegeben worden sind, sind umsonst ausgegeben — alles muß von vorn angefangen werden und unter weit ungünstigeren Verhältnissen — vorausgesetzt, daß man auf die Fortsetzung des unfinnigen Unternehmens verharret.

Durch ein Dekret des Königs vom 22. Februar ist General Baldissera zum Befehlshaber der italienischen Streitkräfte in Afrika ernannt worden mit allen Vollmachten in Zivil- und Militärangelegenheiten. Durch ein Dekret des Königs vom 8. d. M. wird General Baratieri von seinem Posten als Gouverneur von Erithraa entbunden.

Dem „Popolo Romano“ zufolge hat das Kabinet beschloffen, nicht zu demissioniren, sondern vor die Kammer zu treten und das Verhalten der Regierung in der afrikanischen Angelegenheit auseinanderzusetzen.

Wie die „Opinione“ meldet, sahen in der heutigen Versammlung der hervorragenden Mitglieder der Opposition, in welcher Rudini den Vortritt führte, die Ansicht vorzuherrschen, alles zu bewilligen, aber einem anderen Ministerium. Der „Tribuna“ zufolge hätte dagegen die erwähnte Versammlung beschloffen, auf's neue zusammenzutreten, um mittels einer Adresse an den König im Falle der Nichtwiederzusammenberufung des Parlaments oder des Rücktrittes des Kabinet's Einspruch zu erheben.

Aus zahlreichen Orten Italiens werden Rundgebungen gegen das Ministerium gemeldet. —

Zur Haltung der Vereinigten Staaten in der kubanischen Frage wird noch aus Washington gemeldet: Der Senat hat den von dem Repräsentantenhause angenommenen Beschlusstrag betreffend die kubanische Frage an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.

Den „Times“ wird aus New-York gemeldet: Nach Telegrammen aus Washington ist die Stimmung des Kabinet's und der diplomatischen Kreise dem Vorgehen des Kongresses bezüglich Kubas entschieden abgeneigt. Die Promptheit, mit der Canovas sein Bedauern über die Vorgänge in Barcelona zum Ausdruck gebracht hat, habe einen guten Eindruck gemacht.

Deutsches Reich.

— Pensions-Verhältnisse der Militär-Anwärter. Die „Reichsgerichts-Korrespondenz“ schreibt: Durch einen großen Theil der deutschen Presse ging in den letzten Tagen eine Notiz, wonach das Reichsgericht kürzlich ausgesprochen haben sollte, daß die von den halbinvaliden Feldwebern und Unteroffizieren, die aus der Armee ausgeschieden sind, geltend gemachten Ansprüche auf Zahlung der bisher bei definitiver Uebernahme der betreffenden Militärämter in den Reichs- oder Staatsdienst wegsfallenden Pensionen aus dem früheren Militärverhältnis berechtigt seien. Daran war die Bemerkung geknüpft, daß namentlich, da diese Pensionen für viele Jahre nachgezahlt werden müßten, eine große Anzahl von Personen zum theil ganz bedeutende Summen erhielten. — Diese Nachricht ist in dieser allgemeinen Fassung völlig unzutreffend und es ist sehr bedauerlich, daß durch die mißverständliche Auffassung eines Reichsgerichts-Urtheils und die Verbreitung dieser Auffassung bei einer großen Zahl von Beamten Hoffnungen erregt worden sind, die nicht erfüllt werden können. In Wirklichkeit handelt es sich in dem betr. Reichsgerichts-Urtheile nur um die Ansprüche einiger bei der Reichsbank angestellten Militärämter. Diesen, aber nur diesen, hat das Reichsgericht die ihnen bisher vorerhaltene Militärpension zugesprochen und zwar einfach aus dem Grunde, weil das ihnen von der Reichsbank gezahlte Gehalt nicht aus Reichs- oder Staatsmitteln besteht. Diese Entscheidung wurde gefällt mit Rücksicht auf die eigenartige Stellung der Reichsbank, die, obwohl das Reich die Aufsicht über sie führt, doch nicht als Reichsinstitut angesehen wird. —

— Raporra wieder an der Arbeit. Unsere Genossen werden sich noch dieses Mannes erinnern, welcher seinerzeit unter den Polen in Berlin große Verwirrung angerichtet hatte. Im Jahre 1886 wurden durch die Bismarck'sche Polenpolitik über 40 000 Polen aus ihrer Heimath ausgewiesen. In dieser Zeit hatte sich ein Häuflein hiesiger Polen, hauptsächlich Sozialdemokraten, zu einem Unterstüßungsbunde vereinigt, um den umherirrenden Landknechten mit Rath und That zur Seite zu stehen. Es wurden unter ihnen Geldbeiträge gesammelt und unter die Verwaisten vertheilt. Wer damals das Elend und den Jammer der umherirrenden polnischen Familien mit ihren Kindern gesehen und ihnen keine Hilfe gebracht hätte, müßte ein Herz aus Stein besessen haben. Unser „Raporra“ trat damals unter der Maske eines Tischlergehilfen in diesen Unterstüßungsbund ein, er sammelte eigenhändig Gelder für die Unglücklichen. Als zu jener Zeit ein auswärtiger Genosse namens Stawinski ein Vademecum sozialdemokratischer Broschüren, die heute in jeder Buchhandlung zu haben sind, doch damals verboten waren, nach Berlin gebracht hatte, übernahm Raporra in Gemeinschaft von Szulalski und Feliz Wittkowski die Vertheilung dieser Schriften. Raporra selbst schrieb auf die kleinen Sendungen die Adressen von bekannten polnischen Genossen. Tags darauf veranstaltete aber die Polizei überall Hausdurchsuchungen und nahm Verhaftungen vor. Raporra begleitete unseren Genossen Feliz Wittkowski auf den Bahnhof, als derselbe seine Mutter in Posen besuchen wollte; er schab ihm ein Päckchen der Broschüren in die Tasche mit der Bitte, daß er dieselben recht gut in Posen vertheilen soll und beim Abschied gab er ihm noch einen Kuß; Raporra hat alle, mit denen er in Beziehung stand, verrathen, er rühte nicht eher, bis alle hinter Schloß und Riegel saßen. Als nach zwölfwönliger Unterstüßungsbund Wittkowski und Genossen endlich der Prozeß gemacht wurde, trauten die Eingekerkerten ihren Augen nicht, als Raporra mit kaltem Blute gegen sie Zeugnis ablegte. Genosse Wittkowski erklärte: „Wenn ein Gott existierte, würde er solche Ungerechtigkeit nicht dulden!“ Das Gericht verurtheilte die Angeklagten zu langjährigen Gefängnisstrafen.

Aber alle diese Opfer genügten Raporra nicht; er sucht jetzt nach neuen. Eine polnische Zeitung in Danzig, „Gazeta Gedanska“ schreibt:

„Raporra verkehrt seit einiger Zeit unter derselben Maske wie in Berlin hier in dem polnischen Verein „Ognivo“. Erst bei der letzten Versammlung hatte der Vorsitzende des genannten Vereins in Erfahrung gebracht, wela Weisses Kind Raporra ist, und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen. Raporra berief sich auf die Bekanntschaft einiger Mitglieder, was aber den Vorsitzenden nicht abhielt, ihm trotzdem die Thüre zu weisen. Als Raporra sah, daß er erkannt worden sei, erhob er sich und, nachdem er eine Marke aus Metall vorgezeigt, läßt er, ohne irgendwelchen Grund anzugeben, die Versammlung auf. Der Vorstand hat hierüber Beschwerde eingereicht.“

Reichstag.

51. Sitzung vom 4. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Hammerstein.

In Anwesenheit von 14 Mitgliedern, außer dem Bureau, eröffnet der Präsident die Sitzung.

Eingegangen ist die Denkschrift über die Thätigkeit des Patentamtes.

Die erste Beratung der Zuckersteuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Göb von Dienhufen (Welfe): Wir sind bereit, auf den Boden der Vorlage zu treten, damit die Zuckerfabriken, mit deren Bestand die Landwirthe rechnen müssen, erhalten werden. Wir betrachten die Vorlage als ein Kampfgesetz gegenüber einem unholdbaren Zustand. Das Steigen der Preise hängt zusammen nicht mit dem Rückgang des Rübenbaues, sondern nur mit dem Fehlen des kubanischen Zuckers. Wenn die Vorlage zu Fall kommen sollte, so werden die Preise wieder erheblich fallen. Die billigen Zuckerpreise sind entstanden durch die deutsche Zuckerindustrie, welche kräftig genug war, sich auszudehnen trotz der ausländischen Konkurrenz. Wenn die Zuckerindustrie Deutschlands einmal ruiniert sein wird, dann werden die Preise noch ganz anders steigen. Redner empfiehlt die Annahme der Vorlage als Landwirth, nicht als Mitglied des Bundes der Landwirthe, dessen Agitation ihm oft als gefährlich erschienen sei. Die Landwirthe in Braunschweig und Hannover stehen nicht auf dem Boden dieser Agitation, die nicht nach deutscher Art ist, trotzdem das Organ des Bundes die Devise an der Stirn trägt: Für Kaiser und Reich, für deutsche Art, für deutsche Arbeit in Stadt und Land. Trotz aller Artistenkunststücke kann ich die Agitation des Bundes nicht billigen, weil sie der Landwirtschaft nicht nützt. Ich hoffe, daß die Vorlage die Genehmigung des Hauses finden wird.

Abg. Paasche (natl.): Ich werde mich im allgemeinen an die schärfere Tonart halten, die durch Herrn Bod zum Ausdruck gekommen ist. Es ist nicht wahr, daß es sich nur um ein einziges Jahr des Rückganges handelt, sondern um einen dauernden Rückgang handelt es sich. (Widerspruch des Abg. Rösche.) Ich habe die Ergebnisse von einer ganzen Reihe von Zuckerfabriken, welche das beweisen. (Zuruf Richter's: Vorlegen!) Ich kann doch die mir direkt anvertrauten Zahlen nicht hier offen bekannt machen. (Lachen links.) Die Zuckerpreise sind erheblich zurückgegangen; Redner giebt die Zahlen bis 1894. (Zuruf Richter's: Weiter!) Ja, daß die Preise jetzt hoch sind, das weiß ich; das bestreite ich auch nicht. Der Minister hatte vollständig recht, wenn er Herrn Richter das Verhältniß für landwirthschaftliche Dinge bestritt. (Zuruf Richter's: Aber Sie haben es!) Ja, als gelernter Landwirth habe ich das Verhältniß. Die Prämien haben die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufrecht erhalten; da kann man nicht sprechen von der Belastung des armen Mannes. Die Prämien haben die Ueberproduktion geschaffen und damit den Zucker verbilligt für den armen Mann. (Gelächter links, Zuruf: Professorenweisheit!) Die Prämien sind bis auf den letzten Pfennig den Konsumenten zu Gute gekommen. (Gelächter links.) Weshalb ängstigt man sich in Frankreich und Oesterreich um unsere Prämie? Doch nur, weil sie den Weltmarktpreis drücken wird. (Zuruf Richter's: Erhöhung der Verbrauchsabgabe um 6 M.) Die kommt auf der anderen Seite. (Lachen links.) Galten Sie mich denn für einen so schlechten Rechenmeister? (Zuruf Richter's: Jawohl!) Ich will Ihnen ja nur vorrechnen, daß Sie falsch gerechnet haben, daß Sie etwas abstreichen müssen von der berechneten Belastung. Derjenige, der den billigen Preis stellt, bestimmt die Höhe des Preises. (Widerspruch links.) Sie werden mir diese ökonomische Lehre nicht austreten. Daß wir niemals zu einer Beseitigung der Prämien kommen werden, wenn wir allein unsere Prämien aufheben, darin stimme ich den Vertretern der Regierung zu. Man spricht von einer ungeheuren Ausdehnung der Industrie, aber nur bei der Zuckerindustrie; wenn die Eisenindustrie oder eine andere Industrie sich ausdehnt, trotzdem hin und wieder eine Krise eintritt, so spricht man von einem technischen Fortschritt. Dem Kapital fällt gar kein Gewinn zu. Man hat es gelegentlich, daß die Preise durch spekulative Thätigkeit gesteigert sind. Im Februar 1896 war ein Weltvorrath von Zucker vorhanden von 2 800 000 Tonnen, 1895 von nur 2 500 000 Tonnen, 1894 von nur 1 800 000 und 1893 von nur 1 600 000 Tonnen, also jetzt 1 Million Tonnen mehr als in normalen Jahren. Was will dagegen der Ausfall in Kuba von 700 000 Tonnen bedeuten? Dieser Ausfall kann auch noch verschwinden. Ob die Vorlage unverändert angenommen werden kann, ist allerdings zweifelhaft.

Abg. von Komierowski (Pole) erklärt sich gegen das Gesetz.

Abg. Meher-Danzig (Rp.): Meine Freunde werden die Vorlage unterstützen, wie sie alles thun wollen, was für die Landwirtschaft und namentlich für die Zuckerindustrie Nutzen bringen kann. Die Belastung des Verbrauches wird als eine unerträgliche dargestellt. Aber gerade die geschädigte Industrie hat die billigen Preise erst zu Wege gebracht. Meine Freunde halten eine Kontingentbemessung auf 17 Millionen Doppelzentner mindestens für notwendig; ein Kontingent von nur 14 Millionen würde eine Zurückschraubung unserer Industrie sein. Die Preissteigerung begann mit dem Bekanntwerden der kubanischen Ernte und wurde beeinflusst durch die Vorlage, mit deren Zustandekommen die Spekulation natürlich rechnete. Aber für die Dauer der ganzen Kampagne wird der höhere Preis nicht gelten. Kommt die Prämie zum Ausdruck im Weltmarktpreise, so haben wir einen höheren Preis; geschieht das nicht, so werden die Konkurrenten beeinträchtigt und schränken ihre Produktion ein. Ohne Kontingent können wir die Prämie nicht erhöhen, ohne eine ungemessene Ausdehnung der Industrie herbeizuführen. Wir wünschen ferner, daß wir zur Abschaffung der Prämien kommen mögen, natürlich pari passu (im gleichen Schritt) mit anderen Staaten. Wir wünschen ferner, daß bei Ermäßigung der Prämien auch die Konsumabgabe ermäßigt wird. In anderen Punkten gehen unsere Anschauungen auseinander. Wir hoffen aber zu einer annehmbaren Vereinigung zu kommen. Eine Prämie von 4 M. halten wir als unbedingt notwendig für die Möglichkeit des internationalen Wettbewerbs. Wir werden eifrig in der Kommission arbeiten, um die Vorlage zu Stande zu bringen.

Minister v. Hammerstein: Ich habe gestern mitgeteilt, daß eine Fabrik, die für 600 000 M. erbaut war, für 75 000 M. verkauft worden ist. Ich kann heute hinzufügen, daß eine Fabrik, die 1 400 000 M. gekostet hat, für 300 000 M., also mit einem Verluste von 1 100 000 M. verkauft worden ist. An die Herren von der polnischen Fraktion möchte ich die Bitte richten, an den Verhandlungen in der Kommission möglichst objektiv theilzunehmen und zu prüfen, ob nicht doch die Anschauung die richtigere ist, daß die Interessen der östlichen Industrie mit denen der westlichen und mitteldeutschen identisch sind. Ich warne davor, auf diesem Gebiete eine Interessentheilung herbeizuführen. Ich möchte dabei erinnern an die Geschichte von den beiden Löwen, die sich aufgetrieben haben und von denen nur die beiden Bebel übrig geblieben sind. Ich möchte davor warnen, daß der günstiger Stehende glaubt es länger aushalten zu können und deshalb zweckmäßige Maßregeln zurückweist. Bei objektiver Beratung wird es gelingen, alle Inter-

essen möglichst zu berücksichtigen. Die Reichsregierung wird gern bereit sein, ihre Hand zur Verständigung zu bieten.

Abg. Barth (fr. Pp.): Als der Staatssekretär die Verhandlungen eröffnete mit der Bemerkung, er werde sich anatomischer Ruhe befleißigen, sah ich darin ein günstiges Omen. Da Anatomen sich nur mit Leichen beschäftigen, so sah ich die Vorlage als eine Leiche an. (Heiterkeit.) Gestern hielt er aber die Vorlage wieder für sehr lebendig, er gab sogar seine Ruhe auf und wandte sich gegen die schlechten Menschen, die von dem Schutz der nationalen Arbeit nichts wissen wollen. Von dem Schutz der nationalen Arbeit haben namentlich die Agrarier profitirt, aber niemals ist so viel gejammert worden, wie gerade jetzt, wo das Schutzoll-System herrscht. (Sehr richtig! links!) In England klagt man nicht so viel als bei uns; es sind dort wie hier hauptsächlich die Großgrundbesitzer, welche auf die Pachtrente angewiesen sind. Das sind einflußreiche Leute, die der jetzigen englischen Regierung sehr nahe stehen. Da ist denn eine Deputation empfangen worden und Lord Salisbury hat ihnen einige freundliche Worte gesagt, aber er hat bedauert, daß er ihnen nicht helfen könne. Das möchte ich unsern Ministern auch empfehlen. (Heiterkeit.) Unsere Minister erklären aber immer: Wir wollen euch helfen, soweit es in unseren Kräften steht. Im Parlament hat Lord Salisbury jede Protektion für die Landwirtschaft aber weit von sich gewiesen. Es steht mit der Landwirtschaft in England gar nicht so schlecht, die landwirthschaftliche Produktion steht der deutschen ziemlich gleich.

Ein Preisrückgang in Zucker hat stattgefunden; aber die jetzigen Preise entsprechen schon wieder den Preisen vor der Krise. Die Behauptung des Staatssekretärs, daß die Spekulation die Preise beeinflusst habe, hat nicht an sich unsere Heiterkeit hervorgerufen, sondern nur in dem Zusammenhang, daß die Spekulation die Preistreiberien veranstaltet haben sollen, um die Vorlage zu Falle zu bringen. Glaubt der Staatssekretär wirklich, daß die Spekulation mit Absicht Geld verlieren wollen? Das würde doch aber der Fall sein, wenn sie das Fallen des Gesetzes herbeiführen wollen und trotzdem höhere Preise machen. Die Vorgänge in Kuba sind ein wahres Glück für die deutschen Rübenproduzenten, weil dadurch gegenüber der Ueberproduktion wieder normale Zustände geschaffen wurden. Die Kontingentirung hat den Zweck, das Angebot auf dem Weltmarkt zu beschränken. Aber wenn das deutsche Angebot beschränkt wird, dann werden die anderen Konkurrenten erst recht vorgehen, es wird die Produktion erweitert werden, in Frankreich z. B., und die Preise werden erst recht gedrückt auf dem Weltmarkt, während durch die Steigerung der Verbrauchsabgabe der inländische Konsum Deutschlands vermindert wird. Die perniciöse Wirkung der Vorlage wird für die Konsumenten lange nicht so groß sein, wie für die Zuckerindustrie selbst. Die Stellungnahme des Zentrums entspricht durchaus dem, was der Abg. Orterer im bayerischen Landtag bereits im Dezember 1894 ausführte, als er von der Mittellinie sprach, die man suchen müsse. Will man einer kleinen Prämienhöhe wegen die Gefahr der Kontingentirung auf sich nehmen? Wohnt es sich deshalb, die Zuckerproduzenten und die ganze Bevölkerung zu belästigen? Es ist nicht richtig, daß derjenige, der am billigsten produziert, die Preise bestimmt, sondern jeder nimmt, so viel er bekommen kann. Die Nachfrage entscheidet den Preis auf dem Weltmarkt wie auf dem offenen Markt. Das sind die Anfangsgründe der Volkswirtschaft. (Widerspruch des Abg. Paasche.) Bei dieser zweifelhaften Wirkung der Vorlage muß der Reichstag prüfen, ob er dem Volke eine Belastung mit 50 Millionen Mark auferlegen kann. Ich lehne die Verantwortung für einen solchen Zweck durchweg ab.

Abg. Zimmermann (Reform-P.): Durch die Unterzeichnung des Antrages Paasche haben wir uns nicht gerade für diese Vorlage gebunden, denn sie enthält manche bedenkliche Punkte. Ich verlange die Bedeutung der Ausfuhr und der Industrie überhaupt nicht, aber die Opposition aus landwirthschaftlichen Kreisen scheint mir doch einer Beachtung werth zu sein. Für unsere gesammte Landwirtschaft scheint mir nicht die Rübenzucker-Industrie, sondern der Körnerbau das wichtigste zu sein. Es ist eigentlich wunderbar, daß diese Vorlage vom Regierungstische verteidigt wird, während der Antrag Kanitz belächelt wurde, trotzdem doch beide eine Einwirkung auf den Preis beabsichtigen. Wir wollen den Rübenbauern helfen, aber es wird sich fragen, ob wir diese Vorlage nicht begrenzen wollen, und zwar für die Zeit, während welcher die Handelsverträge gelten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie haben allerdings unter den Handelsverträgen Ihre Seite gesponnen und hoffen das weiter zu thun. (Sehr richtig! rechts.) Die Kontingentirung wird ja manche Härten mit sich bringen; aber es muß der Versuch gemacht werden, den Rübenbau zu kontingentiren, nicht die Zuckerproduktion, damit die kleinen und mittleren Landwirthe ihren Rübenbau aufrecht erhalten können. Unsere gesammte Zuckerproduktion werden wir wohl niemals im Inlande verzehren können. Wenn Herr Richter das auf ihn fallende Quantum genießen würde, dann würden seine Heden wahrscheinlich nicht so bitter sein. (Lachen.) Die Arbeiter der Zuckerfabriken haben unter manchen Uebelfänden zu leiden; aber Herr Bod hat keinen Vorschlag gemacht, wie diesen Uebelfänden entgegengetreten werden könne. Wir wollen den Arbeitern wenigstens ihr Brot erhalten. Wenn die Regierung jetzt die Prämie als Kampfmittel betrachtet, so frage ich, warum war man nicht bei den Handelsverträgen ebenso klug, dann hätten wir etwas besser gestanden. Mit Freunden begrüßen wir es, daß bei der Betriebssteuer die Staffeltergewalt ist; noch erfreulicher wäre es, wenn man dieses Prinzip bei der Besteuerung überall durchzuführen wollte, namentlich bezüglich der großen Bierbrauereien. Eine Strafe auf den technischen Fortschritt liegt in der Staffeltersteuer nicht, denn wer mehr leistet, der wird dadurch auch leistungsfähiger für die Gesamtheit. Wenn aus der Vorlage etwas werden soll, dann müssen namentlich die Interessen der kleineren und mittleren Landwirthe berücksichtigt werden. Wie die Vorlage jetzt beschaffen ist, würde sie für mich und einen Theil meiner Freunde unannehmbar sein. Wir hoffen aber auf eine brauchbare, durch allseitige Vereinbarung zu Stande zu bringende Vorlage.

Abg. v. Staudy (L.): Herr v. Puttlamer hat schon angedeutet, daß nicht alle Mitglieder meiner Partei mit ihm übereinstimmen. Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit kann natürlich nicht vorliegen, denn wir alle stehen auf dem Standpunkt des Schutzes der nationalen Arbeit, wir wünschen den Schutz der Zuckerindustrie und ihre Unterstützung durch Prämien. Es ist keine angenehme Sache, gegenüber seinen beherrschten Freunden einen Dissens auszusprechen. Herr Göb von Dienhufen hat sich gegen den Bund der Landwirthe gewendet. Im Namen aller meiner Freunde kann ich bemerken, daß der Bund der Landwirthe zum Zuckersteuer-Gesetz keine Stellung genommen hat, weil die Landwirthe verschiedener Meinung sind. Wir haben uns aber gewundert, daß Sie, Herr Göb von Dienhufen sich für besagt gehalten haben, dem Bund der Landwirthe vorzubalten, daß er seiner Devise nicht treu geblieben sei. Daß der Rübenbau das Rückgrat der Landwirtschaft sei, diese Ansicht des Ministers theilen wir nicht. (Sehr wahr! rechts.) Wir meinen, daß der Getreidebau die Hauptsache ist. (Sehr wahr! rechts.) Das Gesetz, wie

es vorgelegt ist, wird unter den Konservativen ja im ganzen Reichstag nicht eine einzige Stimme finden. (Hört! links.) Unsere Bedenken konzentriren sich hauptsächlich auf zwei Punkte: Wir misbilligen unbedingt die Kontingentirung. Das Eintreten der Krise habe ich vorausgesehen, deshalb bin ich gegen das Gesetz von 1891 aufgetreten, welches ja überhaupt nur mit drei Stimmen Mehrheit angenommen ist. Die Ausführungen des Grafen Bismarck, die vermöge ihrer staatsmännischen Diktion und ihrer sachlichen Auffassung einen Eindruck auf uns gemacht haben, gehen davon aus, daß wir dieses Experiment machen müssen. Wirtschaftliche Experimente zu machen, sollte man sich unter allen Umständen hüten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir unsere Produktion einschränken und anderen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Produktion zu erhöhen, wird dadurch nicht unsere Stellung gefährdet? (Sehr richtig! links.) Wir sind auch zu diesem Experimente garnicht gezwungen. Die Preise waren exträglich mit Ausnahme eines Jahres, in welchem die Ueberproduktion eine zu große war, nicht bloß in Deutschland, sondern auf der ganzen Erde. Jetzt sind die Preise schon wieder solche, daß die Zuckerproduktion bestehen kann. Ueberall ist 1895 weniger geerntet worden als 1894, also haben wir ein Sinken der Zuckerpreise in nächster Zeit nicht zu befürchten. Durch den Rückgang des Rübenbaues um 26 Millionen Zentner ist die Gefahr der Ueberproduktion beseitigt, namentlich da der Ausfall der kubanischen Ernte noch hinzutritt. Den Prämienkampf mit den anderen Produktionsländern kann ich nicht auf mich nehmen um den Preis der Kontingentirung. Was hat es denn auch auf sich, wenn wir uns den Anbau von einigen Millionen Zentnern Rüben versagen; Rußland und Frankreich würden den Ausfall sofort wieder decken. Das Gesetz soll nur für kurze Zeit gemacht werden; wir müssen aber wünschen, daß die deutsche Zuckerindustrie endlich zur Ruhe kommt, nachdem sie Jahre lang hintereinander gefehgeberisch demüthigt worden ist. Es handelt sich darum, die kleinen Fabriken zu erhalten und die größeren zurückzuschrauben. Das richtet sich hauptsächlich gegen die Fabriken des Ostens zu gunsten der gut gestellten Fabriken von Mitteldeutschland. Der Kartoffelbau im Osten ist durch die Branntwein-Kontingentirung erheblich eingeschränkt worden. Kartoffeln und Rüben sollen wir nicht bauen; der Rübenbau lohnt nicht. Will man Getreide bauen, so wird man beinahe ausgelacht. Was sollen also die Landwirthe machen? Wir wünschen, daß die Staatssekretäre energischer gegen Amerika auftreten, wo unser Zucker chikanirt wird, während wir hier die volle Rücksicht haben. Im Westen und in Mitteldeutschland befinden sich Zuckerfabriken meist in den Händen von reichen Leuten. Wenn wir im Osten mit dem Westen kämpfen müßten, so würden wir unterliegen. Wir haben die großen Fabriken geschaffen aus unserer Armut heraus, weil die Kraft des einzelnen nicht ausreicht dazu; wir müßten zu großen Gruppen zusammenzutreten. Landwirthe aller Klassen sind zusammengetreten, wir haben nur Rübenaktien. Wir müssen auf zehn Meilen Entfernung die Rüben zur Fabrik fahren. Wie viel theurer die Frucht nach Hamburg von uns aus ist als von Sachsen aus, ist schon früher berührt worden.

Die Kontingentirung hat den Nachtheil, daß sie eine große Beunruhigung in die Zuckerindustrie hineinträgt; in jedem Jahr soll neu kontingentirt werden. Die Beschränkung auf 14 Millionen Doppelzentner wäre namentlich für den Osten bedenklich; die Fabriken würden bis 25 pCt. weniger produziren dürfen. Natürlich werden die Aktionäre möglichst viel für sich behalten und die Kaufstrafen werden ausfallen. Das Rückgrat meiner Landwirtschaft ist der Rübenbau; ich könnte 30 pCt. mehr bauen, als ich baue; ich habe das nicht gethan, weil mir die Sache nicht sicher schien. Wenn die Fabrik, an der ich theilhaftig bin mit 100 Aktienären und über 300 Rübenbauern, das will, dann würden nach Annahme des Gesetzes sicherlich 200 Rübenbauern in Wegfall kommen können, welche die Aktionäre mehr übernehmen. Wenn das Kontingent auf 17 Millionen Doppelzentner erhöht würde, dann würde der gegenwärtige Rübenbau aufrecht erhalten bleiben; aber es würde niemand mehr zum Rübenbau übergehen können. Diesen Leuten, welche bloß auf den Anschluß an eine Eisenbahn zc. warten, um zum Rübenbau überzugehen, das zu verschränken, das kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Unter diesem Gesetz könnte gar keine neue Zuckerfabrik mehr entstehen. Wir würden dann drei Klassen von Landwirthen haben; die in Mittel- und Westdeutschland, wir Rübenbauer im Osten und diejenigen, welche keine Rüben bauen dürfen. Jeder Direktor einer Zuckerfabrik ist natürlich für die Kontingentirung, denn er wird dadurch zum mächtigen Mann; er kann die Rübenlieferung für die Fabrik vertheilen, deshalb sind die Rübenbauer vielfach durch die Direktoren beeinflusst. Der Gesetzentwurf ist doch recht sehr fiskalisch. Graf Posadowsky berechnet als Einnahme des Reichs von der Zuckersteuer das, was 1897 eingebracht würde nach Wegfall der Prämien. Aber das Gesetz ist doch als ein erbärmliches bezeichnet worden von allen Seiten, und nun soll es bestehen bleiben in bezug auf die Prämien, deren Betrag soll zukünftig ohne weiteres in die Reichskasse fließen und die Einnahmen des Reichs vermehren. Die landwirthschaftliche Opposition ist doch keine so kleine, wie Graf Posadowsky gemeint hat; zahlreiche Landwirthe haben sich der Opposition angeschlossen, welche ausgegangen ist von einem bekannten Grundbesitzer, dem Herrn v. Liedemann-Seeheim.

Nachdem die Rede über eine Stunde gedauert, wird die Ungebuld des Hauses eine so große, daß sich überall Gruppen bilden, welche sich laut unterhalten, so daß der Redner immer schwerer verständlich wird. Redner tritt für die Materialsteuer ein und vertheidigt dieselbe im Gegenfah zum Staatssekretär Grafen Posadowsky. Wenn man die Materialsteuer nicht wieder einführen will, dann sollte man die jetzt bestehende Prämie gesehlich auf die Dauer festlegen. Bei meiner agrarischen Anschauung, zu der ich mich offen bekenne, werde ich alles thun, um der Zuckerindustrie zu helfen, aber wir verlangen Gleichgiltigkeit. Für die Kommissionsberatung trete ich auch ein. (Beifall rechts.)

Am 5 Uhr 7 Minuten wird die vom Abg. Richter beantragte Vertagung abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Minister v. Hammerstein: Ich habe den Rübenbau als Rückgrat für die Landwirtschaft bezeichnet insofern, als derselbe den Ausgangspunkt für jeden Fortschritt der Landwirtschaft bildet.

Am 5 Uhr 10 Minuten wird der Antrag des Abg. Richter auf Vertagung wiederholt und zugleich die Beschlussfähigkeit bezweifelt. Da das Bureau zweifelhaft ist, so wird zum Namensaufruf geschritten, welcher die Anwesenheit von 165 Mitgliedern ergab, während 199 zur Beschlussfähigkeit erforderlich sind. Die Verhandlung muß deshalb abgebrochen werden.

Schluß nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der ersten Beratung des Zuckersteuer-Gesetzes und zweite Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung.)

Frauen! Männer!
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 5. März 1896, abends 8 Uhr, im Lokale
 des Herrn Möhring (Märkischer Hof), Admiralstr. 18c:
Gr. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
 Die indirekten Steuern mit besonderer Beleuchtung der schwebenden
Zuckersteuerfrage.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Fritz Zubeil.
 Um recht zahlreichen Besuch und speziell der Frauen ersucht
Der Einberufer.

Holzarbeiter!

Große öffentliche Versammlung.
am Sonntag, den 8. März,
vormittags 10¹/₂ Uhr
 in der
Brauerei Friedrichshain
 (am Königsthor.)

Tages-Ordnung:
 Wie führen wir unseren Streit siegreich
 zu Ende und wie erhalten wir uns das
 Errungene? Ref.: Th. Glocke.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Ver-
 sammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Folgende Werkstellen haben bis gestern, nachmittags
 5 Uhr, nicht bewilligt:
 Kastenmöbel und Büffels: Ahl, Schützenstr. 68. Stoppert, Prenzlauer-
 straße 26. Dagenow, Waldemarstraße 23. Meier, Ballfadenstr. 47. Eckert,
 Puppinerstr. 9. Hilsbeck u. Kroll, Königsbergerstr. 8.
 Bauarbeit: Krehmann, Sebastianstr. 36. Herrgott, Wilhelmshafen-
 straße 28. Wagenknecht, Mummelsburg.
 Schreibtische, Tische und Nähtische: Dreuse, Kullamerstr. 25. Einicke,
 Manteuffelstr. 76. Trompler, Rüdersdorferstr. 7.
 Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Meier, Eichtenbergerstr. 17.
 Loth, Pappelallee 5. Keutel, Straauerstr. 35. Mühlbauer, Andreasplatz 3.
 Dohle, Gräner Weg 2. Reimann, Feilnerstr. 5.
 Nähmaschinen: Frister u. Rohmann, Stalitzerstr. 134/135.
 Goldleisten: Methlow u. Co., Köpnickstr. 109. Stieghahn, Waldemar-
 straße 14.
 Kugelmöbel: Bab, Gitschinerstr. 75. Franz, Forsterstr. 7. Rose,
 Manteuffelstr. 57.
 Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: Fahnlow, Wasser-
 thorstr. 9. Ferd. Voigts, Alte Jakobstraße.
 Telephon: Trümpler, Holzmarktstr. 48.
 Orgelfabrik: Gochl, Grotzingna u. Bacigalupo, Schönhauser Allee 78.
 Mühlenbau und Maschinenfabrik von Kappler, Prinzen Allee 75-76
 und (Abth. Moabit), Alt-Moabit 86.
 Kleiderbügel etc.: Höpftner, Seydelstr. 29.

Deutscher Holzarbeiter-Berband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Sonntag, den 8. März, vorm. 10 Uhr, im Englischen Garten,
 Alexanderstraße 27c:

Branchenversammlung der Drechsler.
Tages-Ordnung:
 Unsere Organisation und die bevorstehende Lohn-
 bewegung. — Nichtmitglieder haben Zutritt. 91/16

Branchenversammlung der Bürsten- u. Pinselmacher
 Berlin und Umgegend
 am Sonntag, den 8. d. Mts., vormittags 10 Uhr,
 im Lokal des Herrn Jennerich, Bergstraße 12.
Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegung unserer Kollegen in Neu-Ruppin. 2. Stellung-
 nahme zu den stattgefundenen Abjügen der hiesigen Unternehmer seit dem
 letzten Streit. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Achtung! Brauerei-Arbeiter.
 Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, in Gröndel's
 Festsälen, Brunnenstr. 188, nahe am Rosenthaler Thor:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Das weitere Verhalten der Brauerei-Arbeiter zu dem Streit im
 Münchener Brauhause. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
 2. Diskussion. 42/10
 Alle sich dafür Interessierenden werden zu dieser Versammlung
 eingeladen.
Die Agitationskommission.

Achtung! Maurer! Achtung!
 Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr,
 im Feenpalast, Burgstr. 22 (Wolfgangstraßen-Ecke):
Große öffentliche Versammlung
 aller Maurer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
 1. Die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit inner-
 halb der hiesigen Wirtschaftsordnung. Referent: Genosse Piffin.
 2. Diskussion. 182/10
Der Vertrauensmann der Berliner Maurer:
 Wilhelm Dams, Gerichtstr. 85.
 NB. Kollegen! In anbeacht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht
 eines jeden Kollegen, soviel wie möglich für die Versammlung zu agitieren,
 und zu erscheinen. (Siehe Freitag Säulenanschlag.)

Oranienstr. 51, Helder's Oranienstr. 51,
am Moritzplatz. Oranien-Hallen, am Moritzplatz.
 Säle für Hochzeiten, Versammlungen, Festlichkeiten.
 Sonnabend, den 14. März noch frei.

Bildhauer Berlins u. Umgegend.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr,
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Grosse öffentliche Versammlung

aller Bildhauer — Gehilfen und Meister —, zu welcher alle Tischler-
 meister und Fabrikanten, welche Bildhauer beschäftigen, besonders dringlich
 eingeladen werden.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Lohnbewegung der Berliner
 Holzbildhauer, und wie stellen sich die Prinzipale dazu? Referent: Kollege Dupont.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches, pünktliches Erscheinen liegt im Interesse aller Kollegen!
Der Einberufer: G. Winkler.

Orts-Krankenkasse

der
Messerschmiede u. s. w.

Die von der, am 9. November 1895
 stattgehabten General-Versammlung be-
 schlossene Erhöhung der Krankenkassen-
 stützung (§ 13) ist am 12. Febr. 1896
 von dem Bezirksausschuss genehmigt
 und seit diesem Tage in kraft. Die
 sich hierauf beziehenden gedruckten
 Änderungen des Statuts werden den
 Mitgliedern gelegentlich zugestellt,
 können aber auch in unserem Kassen-
 lokal, Bergstr. 26 in den Geschäfts-
 stunden in Empfang genommen werden.
 106b
Der Vorstand.
 J. B. Horn.

Ein grosser Posten

Steppdecken
 echt Wollatlas (reine Wolle)
 Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.
 ca. 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinensfloeken,
 in reizenden Jacquard-Mustern,
 Grösse 150 x 200 cm.
 per Stück 4,50 M. feinstiger
 Preis 9 M.
 Meine illustrierte Preisliste über
 hochfeine Stepp- und Schlafdecken
 gratis und franko.
Steppdecken-
Fabrik Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstr. 158.

Natur-Weine
 von
Oswald Nier
 Hauptgeschäft
 BERLIN
 „ungegypst“
 eignen sich in dem nasakalten Klima
 Deutschlands als
Nationalgetränk,
 weil sie die billigsten (verhältniss-
 mässig billiger wie Bier) u. wie seit
 bereits 150 Jahren in ärztlich
 anerkannt, die besten Freunde
 des Magens u. antirheumatisch sind.
Preiscurant (Verbitt. Behauptung u. hosh. An-
 griffe widerlegt.)
mit Preisrebus
 = (500 Liter gratis) =
 auf schriftlichen Wunsch, sowie für
 meine Kunden in allen meinen Ge-
 schäften gratis u. franco erhält.

Möbel-Kaufgelegenheit

Beständige Gelegenheit für Frantente.
 In meinem größten Möbelpelcher, Neue
 König-Strasse 59, I, sollen ca. 300 Wohnungs-
 Einrichtungen, verlichen gewisse und neue
 Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft
 werden. Zehntelzahlung gestattet. Beamteten ohne
 Anzahlung. Kleiderständer 12 Stk., Kommoden
 6 Stk., Küchenschränke 12 Stk., Stühle 2 Stk., Neue
 Stuhlbaum-Kleiderständer und Vertikows 30 Stk.,
 Aufschlupfen und Vertikows 35 Stk., Bettstellen
 mit Matratzen 18 Stk., Sophas 18 Stk., Säulen-
 Kleiderständer 35 Stk., Truhen u. Sch. 60 Stk.,
 Zylinderbureau, Herren-Schreibtische, Damen-
 Schreibtische, Schreibstühle 30 Stk., Tisch-
 garnituren 60 Stk., Paneele 75 Stk., Stepp-
 decken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Stk.
 Gefasste Möbel können 3 Monate kostenfrei
 lagern u. werden durch eigene Wagen transport.

Freitag: Restorverkauf.
 44518*
Anzug- u. Paletotstoffe.
Brenner & Cie.,
 Alte Jakobstrasse 57-59.
 Jedes Maass zu Engrospreisen.
Möbel, gebrauchte, kauft Barow,
 Rosenthalerstr. 18.

Freie Volksbühne.

Montag, den 9. März 1896, abends 8¹/₂ Uhr,
 in **Louis Keller's Saal,** Koppenstraße 29:
Außerordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 235/15
 1. Verwaltungs- und Kassenbericht.
 2. Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereins.
 Die Mitglieder, die ihre Beiträge bis Ende Oktober gezahlt
 haben, sind berechtigt, der Versammlung beizuwohnen.
 Mitgliedsliste legitimirt.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstr. 21.

Achtung! Steinarbeiter!

Berlins und Umgegend.
 Freitag, den 6. März, abends 7¹/₂ Uhr, Alexanderstr. 27c
 (Englischer Garten):

Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung über die Verhandlungen der streikenden Kollegen in
 Bunzlau und den umliegenden Brüchen und Beschlußfassung. 2. Verschiedenes.
 207/1
Der Vertrauensmann.

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 8. März, nachm. 2¹/₂ Uhr:
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
 Zum letzten Male: 235/14

Wilhelm Tell.

Eintrittskarten à 60 Pf. in den Geschäften, die am Sonnabend
 an dieser Stelle veröffentlicht werden.

Reichelt's punktierte Zuschneide-Labelle für Damen.

D. R. G. M. No. 45 655.
 Mittels der Labelle kann Jeder, auch solche, die das Zuschneiden nicht
 erlernt haben, innerhalb 10 Minuten jede Größe einer Taille oder eines
 Mantels gut sitzend selbst zuschneiden, Preis pro Stück 5,00 M. mit
 Gebrauchsanweisung gegen baar oder Nachnahme. — Nur zu haben bei
F. Siegerist, Berlin, Lindenstr. 69, Generalvertreter.
 Damen und Herren als Provisionsreisende gesucht. 4464L*

Dampfbäder, Bäder, Wannenbäder.

ORANIEN-BAD, Oranienstrasse 44,
 zwischen Moritz- und Oranienplatz.
 Bäder-Lieferant für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Hackescher Markt 4, J. Brünn, Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Echt Staudorfer Likör,

à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1,— M., 5 Liter 4,50 M.
Ingber, Getreidekummel, Wachholder, à 2. 1 M., 5 L. 4,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin, Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 4185L*
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,
 6 a Bellealliance-Platz 6 a. 31 Neue Friedrichstrasse 31.
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Altes Schützenhaus, Finienstraße 5,
 empfiehlt seine
 Säte 560 Personen fassend.
 Neu eröffnet: Naturgarten, Sitzplätze für 800 Personen fassend.
 Sonnabende im April, Mai, Juni, Juli etc. noch frei. 66